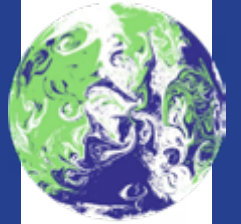


# Aufruf der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Maßnahmen für sauberes Bauen

Gewerkschaften sind von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, die Schaffung eines nachhaltigeren Bausektors sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch für das Klima voranzubringen. Dazu hat die BHI eine Reihe von Ideen zusammengetragen, die die Gewerkschaften bei ihrer Lobbyarbeit und Interessenvertretung aufgreifen und in ihre Verhandlungen mit Entscheidungsträgern und den Industriepartnern der BHI einbringen können.



BWI • BHI • BTI • IBB • ICM  
[www.bwint.org](http://www.bwint.org)

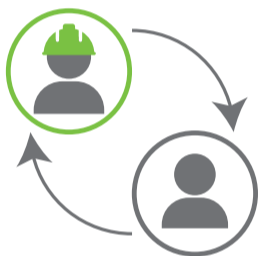


UN CLIMATE  
CHANGE  
CONFERENCE  
UK 2021



## Unterstützung nachhaltiger Unternehmen und Schaffung grüner Arbeitsplätze

- ▶ Festlegung strenger Kriterien für die Genehmigung städtebaulicher Vorhaben und die Vergabe öffentlicher Aufträge durch Übernahme von Bestimmungen zu Arbeitsbedingungen und Klimaschutz.
- ▶ Übernahme von Arbeitsnormen als einem der Parameter für die Zertifizierung grüner Gebäude.
- ▶ Einbindung von Konzepten für den gesamten Lebenszyklus von Gebäuden und Infrastrukturen durch Flächennutzungsplanung, kommunales Beschaffungswesen, Anreizsysteme, Branchendialoge sowie lokale Strategien und Zielsetzungen.
- ▶ Förderung nachhaltiger Unternehmen durch Einführung einer obligatorischen Ökobilanzierung und die Trennung von Bau- und Abbruchabfällen von der Entsorgung bei allen kommunalen Projekten.
- ▶ Belohnung ressourceneffizienter und auf eine Kreislaufführung angelegter Bauweisen, kohlenstoffarmer Materialien sowie abfallarmer bis abfallfreier Baustellen bei allen neuen Vorhaben und größeren Sanierungen.
- ▶ Beschleunigung von Investitionen in Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, zur Verbesserung des Zugangs zu Lösungen und eine breitere Palette von Strategien, um bei den eingebetteten CO<sub>2</sub>-Emissionen („embodied carbon“) die Netto-Null zu erreichen.
- ▶ Förderung kosteneffizienter und innovativer technischer Lösungen mit dem Ziel der Netto-Null bei eingebetteten Emissionen.
- ▶ Förderung der Dekarbonisierung von Zement durch technologische Innovationen (z. B. CO<sub>2</sub>-Abscheidung) und alternativer Baumaterialien.
- ▶ Förderung der Einführung staatlicher Unterstützung durch einen „Sanierungscheck“, um „Energieausweise“ zu ermöglichen, wo die staatliche Unterstützung nur für die Bezahlung von Handwerksbetrieben genutzt werden kann.
- ▶ Entwicklung eines Denkansatzes, der den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck des gesamten Lebenszyklus berücksichtigt, und Förderung der Kreislaufführung von Werkstoffen.
- ▶ Bereitstellung geeigneter Informationen, Ratschläge und Anleitungen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Ausschreibungen.
- ▶ Nutzung der kommunalen Kaufkraft, um bei kommunalen Projekten emissionsfreie Baumaschinen zu beschaffen oder deren Verwendung vorzugeben.



## Umschulung, Möglichkeiten zur Umbesetzung von Personal sowie Kompetenzentwicklung

- ▶ Stärkung des „Legacy-Prinzips“, d. h. der Einbettung von Lern-, Fortbildungs-, Qualifikations- und Ausbildungsaktivitäten in alle fortschrittlichen Initiativen.
- ▶ Planung und Durchführung geeigneter Schulungs- und Netto-Null-Ausbildungsprogramme.
- ▶ Schulung des Personals kommunaler Räte/Behörden und gewählter Vertreter, um sie zu befähigen, Vorschläge bewerten und fundiert beurteilen zu können.
- ▶ Verbesserung der „grünen Kompetenz“ sowohl am Arbeitsplatz als auch im weiteren Umfeld. Selbst dort, wo es „grüne/nachhaltige Technologien und Einrichtungen“ gibt, wissen beispielsweise viele Mieter, Bewohner und Nutzer von Gebäuden nicht, wie sie die Geräte, Technologien oder Anpassungen nutzen können. Ihr Handeln ist oft kontraintuitiv und hebt „eingebaute“ Verbesserungen auf.
- ▶ Förderung, Weiterentwicklung und Investitionen in Schulungen zu Sanierungsmaßnahmen für bestehende und neu hinzukommende Arbeitskräfte im Baugewerbe, wobei auch Sicherheitsverfahren für den Umgang mit gefährlichen Stoffen, wie z. B. Asbest, in die Vorbereitungsarbeiten für solche Maßnahmen einzubeziehen sind.
- ▶ Einführung von Schulungen für Arbeitskräfte im Baugewerbe im Bereich der Abfallwirtschaft und Ressourcennutzung. Wenn 30 % der vor Ort ankommenden/verwendeten Materialien als Abfall anfallen, ist dies absolut unerlässlich.
- ▶ Rückgriff auf das umfangreiche Wissen, die Fähigkeiten und die Erfahrung der Gewerkschaften bei der Bekämpfung von Gefahren am Arbeitsplatz.
- ▶ Ermutigung und Unterstützung der Arbeitskräfte in Baubranchen mit hoher Umweltwirkung wie Zement und Stahl bei Maßnahmen zur Umschulung, Höherqualifizierung und Ausbildung, um grüne Arbeitsplätze im Bausektor zu schaffen.
- ▶ Anerkennung informeller Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter, deren Einbeziehung in Qualifizierungsmaßnahmen und Anerkennung, wenn sie nachhaltige Methoden anwenden.



## Das Menschenrecht auf soziale Absicherung

- ▶ Sicherstellung des sozialen Gesundheitsschutzes für Personen, die von Ereignissen im Zusammenhang mit dem Klimawandel (z. B. Katastrophen, Hitzestress, klimabedingte Pandemien usw.) betroffen sind;
- ▶ Schutz vor Arbeitslosigkeit, ergänzt durch aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aufgrund extremer klimatischer Bedingungen oder damit zusammenhängender Ereignisse Arbeitsstunden oder ihren ganzen Arbeitsplatz verlieren, und Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die aufgrund der Abschaffung kohlenstoffintensiver Branchen entlassen werden;
- ▶ Einführung öffentlicher Bauprogramme, die Geld- oder Sachleistungen bereitstellen und zur Sanierung von bestehenden Gebäuden und Infrastrukturen beitragen und gleichzeitig oft auch die Qualifikation und Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern;
- ▶ Gewährleistung von Sozialhilfeleistungen, die flexibel und leicht skalierbar sind, so dass sich ihr Geltungsbereich erweitern lässt, um von Klimaschocks betroffene Personen zu erreichen, ihnen Einkommensunterstützung zu gewähren und ihre Ernährungssicherheit zu stärken.



## Soziale Gerechtigkeit, Wertschätzung und Inklusion

- ▶ Durchführung von Gerechtigkeitsanalysen für geplante Vorhaben, um in der gebauten Umgebung Inklusion zu gewährleisten, die durch das Bauvorhaben ermöglicht wird.
- ▶ Förderung der positiven Auswirkungen gut konzipierter und klimaresistenter Infrastrukturen auf das Lebensumfeld.
- ▶ Berücksichtigung lokaler ressourcenbasierter Ansätze (LRB) und Technologien, die geringe Umweltauswirkungen, eine optimale Nutzung erneuerbarer menschlicher und materieller Ressourcen, mehr und bessere Beschäftigungsmöglichkeiten, höhere Haushaltseinkommen sowie verstärkte Spin-off- und Multiplikatoreffekte für die Wirtschaft vor Ort vorsehen.



## Sozialer Dialog

- ▶ Ermöglichung eines sozialen Dialogs, einschließlich der Praxis des Tripartismus und der Tarifverhandlungen, da diese Praxis für eine wirksame Entscheidungsfindung im Bereich des Klimawandels entscheidend ist.
- ▶ Erörterung und Umsetzung umwelt- und entwicklungspolitischer Maßnahmen unter Beteiligung von und im Einvernehmen mit Sozialpartnern, der Regierung und Akteuren aus der Zivilgesellschaft, um sicherzustellen, dass die Maßnahmen fundierter und leichter umzusetzen sind und dass sie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Unternehmen aller Größenordnungen und einem größeren Teil der Gesellschaft mehr Vorteile bieten.
- ▶ Einrichtung eines OFFA („One Fund for All“ – „ein Fonds für alle“) zur Unterstützung der Forschungsentwicklung zur Erarbeitung von Vorlagen, Checklisten und Software zur Rationalisierung der verschiedenen Ansätze für einen gerechten Übergang, um sicherzustellen, dass Investitionen und Ressourcen allen Beteiligten gleichermaßen zugutekommen.